



Russlandanalysen

Nr. 25

7.5.2004

Inhalt

Analyse

Russland als Partner? Hans-Henning Schröder, Bremen 2

Tabellen und Graphiken zum Text

Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Außenhandel im internationalen Vergleich 5

Kommentar

Der Freund des Kanzlers – zur deutschen Russlandpolitik. Jens Siegert, Moskau 8

Chronik

Vom 29. April bis zum 6. Mai 2004 10

Publikationshinweise

„Religion und Staat in Rußland“ – Osteuropa 4/2004 11

„Neues Europa? Osteuropa 15 Jahre danach“ – Arbeitspapier 60 der Forschungsstelle Osteuropa 12

Russland als Partner?

Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Bei einer Analyse der deutschen Beziehungen zu Russland gilt es, sich die Möglichkeiten und Begrenzungen für russisches außenpolitisches Handeln zu vergegenwärtigen. Realien wie geographische Lage und verfügbare Ressourcen sind dabei ebenso von Bedeutung wie deren Perzeptionen in Russland selbst und die Kräfteverhältnisse in der russischen Innenpolitik, die der einen oder anderen Interpretation der eigenen Rolle das Übergewicht verleihen. Eine derartige Bestandsaufnahme wollen wir im Lauf des Jahres in verschiedenen Russlandanalysen versuchen. Der vorliegende Text beschränkt sich daher darauf, die Rahmenbedingungen russischer Außenpolitik und die sich daraus ergebenden Handlungsoptionen zu betrachten.

Analyse

Russland als Partner?

Ressourcen und Optionen russischer Außenpolitik

Hans-Henning Schröder, Bremen

„Nachbar“ Russland

Nach der Erweiterung der Europäischen Union ist Russland ein „Nachbar“. Nachbar, in der vertrauten Bedeutung des Wortes, weil russisches Territorium nun unmittelbar an das etlicher EU-Mitglieder grenzt. „Nachbar“ auch in der sublimen Ausdrucksweise der EU-Bürokratie, die den als „Nachbarn“ ausgrenzt, der keine Aussicht hat, in absehbarer Zeit Mitglied der Union zu werden. Die „Russländische Föderation“ wird also auf lange Sicht außen- und sicherheitspolitisch Partner der Europäischen Union sein. Insofern ist naturgemäß die

gängerstaat UdSSR haben eine schwierige nuklear-strategische Partnerschaft gepflegt, in die Russland als Nachfolger eingetreten ist. Das lange aufrechterhaltene strategische Gleichgewicht ist heute durch Russlands wirtschaftliche Schwäche nicht mehr gegeben.

- im Westen grenzt Russland an einen durch die EU organisierten Wirtschaftsraum, der in der NATO auch eine militärische Struktur hat. Insbesondere das ökonomische Potential ist dem Russlands weit überlegen.



Frage danach von Interesse, wie das neue Russland seine Rolle in der internationalen Politik versteht.

Die geopolitische und geostrategische Lage

Russland ist der größte Flächenstaat der Welt und bedeckt ein Territorium, das 47mal so groß ist wie das der Bundesrepublik Deutschland. Wirft man einen Blick auf die Karte, so wird rasch deutlich, dass der russische Staat allein aufgrund seiner Lage und der Länge seiner Grenzen mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert ist:

- im Norden – über den Pol hinweg – ist Russland Nachbar der USA. Die USA und Russlands Vor-

- China, Japan und die beiden Koreas sind Russlands Nachbarn im Osten. Vor allem China und Japan sind Staaten, die Russland auf lange Sicht demographisch, technologisch und wirtschaftlich marginalisieren.
- im Süden Russlands ist die Situation unklar und schwierig. Im „Krisenbogen“ vom Kaukasus bis Zentralasien ist eine Vielzahl interethnischer, politischer und religiöser Konflikte virulent. Einer davon (Tschetschenien) wird gegenwärtig offen gewaltsam ausgetragen, weitere Kriege sind in den nächsten Jahren denkbar.

Russland im internationalen Umfeld

Der kurze Rundblick verdeutlicht, dass Russland aufgrund seiner geographischen Lage dazu verurteilt ist, aktiv internationale Politik zu treiben. Und weil Russland sich in vielen Regionen engagieren muss, ist es in vielen regionalen Zusammenhängen ein möglicher Partner. Die Nähe zu den Krisenregionen ist gewiss eine große Belastung, doch sie kann auch zu einer politischen Ressource werden – wenn sie als solche genutzt wird.

Ressourcen

Geht man davon aus, dass Russland internationale Politik treiben muss, dann stellt sich naturgemäß die Frage, ob es über die Ressourcen verfügt, dies erfolgreich zu tun. Dies ist nicht ohne weiteres zu bejahen:

- *Demographisch* verfügt Russland über beträchtliche Ressourcen. Es liegt – was die Bevölkerungszahl angeht – international an siebter Stelle, allerdings weit hinter China, Indien und Indonesien, hinter den USA, dem Euro-Währungsraum und nur knapp vor Japan. Die Bevölkerungszahlen Frankreichs und Deutschlands zusammengenommen entsprechen in etwa der Russlands. Die ungünstige demographische Entwicklung deutet nicht darauf hin, dass sich an diesen Größenverhältnissen in Zukunft etwas zugunsten Russlands ändern wird (vgl. die Tabelle auf Seite 5).
- *Wirtschaftlich* stellt sich Russlands Lage in der Welt trotz des beachtlichen Wachstums der letzten Jahre nicht sonderlich eindrucksvoll dar. Im Vergleich mit Industrieländern wie Japan, Frankreich, Italien, Deutschland oder Großbritannien ist die Wirtschaftsleistung unbeachtlich. Russland steht etwa auf dem Niveau Belgiens, der Niederlande bzw. – nimmt man Flächenstaaten – Mexikos und Brasiliens. Nimmt man die Wirtschaftsleistung pro Kopf, so liegt Russland weit hinter Polen, Mexiko oder Brasilien (vgl. die Tabelle auf Seite 5).
- *Technologisch* hatte die Sowjetunion seinerzeit international im Bereich rüstungsrelevanter Technologien mithalten können, hatte allerdings Ende der siebziger Jahre bei den neuen Schlüsseltechnologien den Anschluss verloren. In Russland hat sich die Situation nach 1991 weiter verschlechtert. Die Krise der Staatsfinanzen hat die Bildungs- und Wissenschaftslandschaft schwer beschädigt.
- *Militärisch* ist Russland nur im nuklearen Bereich ein Faktor. Die konventionellen Streitkräfte sind schlecht bezahlt, schlecht ausgerüstet und nur zum Teil einsatzfähig. Die Militärreform will dies beheben. Die Führung strebt die Fähigkeit an, in mehreren Regi-

onen gleichzeitig einen lokalen Konflikt erfolgreich führen zu können. Dazu bedarf es moderner Waffen- und Kommunikationssysteme und qualifizierten, motivierten Personals. An diesem allen jedoch fehlt es.

- Die *politischen* Ressourcen sind nicht sonderlich eindrucksvoll. Immerhin verleiht das nuklearstrategische Potential Russland politisch einen Sonderstatus. Auch der Sitz im UN-Sicherheitsrat gibt Russland ein gewisses internationales Gewicht. Allerdings haben die Fälle Kosovo und Irak gezeigt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten begrenzt sind. Negativ schlägt zu Buche, dass Russland seit 1989/91 international isoliert, nicht Mitglied einer Mächtegruppierung ist. Historisch ist das ein Novum – seit seinem Eintritt in die europäische Politik im 17. Jahrhundert war Russland stets in Allianzen eingebunden. Die außenpolitische Isolation ist historisch ein Ausnahmefall, eine Schwäche der russischen außenpolitischen Position.

Aus den geopolitisch bedingten Problemen einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Schwäche andererseits ergibt sich das Grunddilemma russischer Außenpolitik: Russland ist dazu verurteilt, Weltpolitik zu machen, es fehlen ihm aber die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. In seiner Botschaft an die Föderalversammlung hat Putin im Mai 2003 ganz richtig festgestellt:

„Ein Land wie Russland kann in den gegebenen Grenzen nur dann leben und sich entwickeln, wenn es eine starke Macht ist.“

Als „starke Macht“ kann man Russland gegenwärtig aber gewiss nicht ansprechen. Entscheidungen im internationalen Raum werden auf absehbare Zeit ohne sein Zutun gefällt. Russland muss auf politische Lösungen setzen und Kompromisse eingehen, es muss sich insbesondere nach Allianzpartnern umsehen.

Optionen

Prüft man die Optionen, die russische Außenpolitik hat, dann wird deutlich, dass Russland viele potentielle Partner hat und dass es unklug wäre, nur auf einen Partner zu setzen:

- Die *USA* sind das traditionelle Gegenüber und der alte Gegensatz wirkt im Bewusstsein der russischen Eliten durchaus noch fort. Dazu kommt in den letzten Jahren die Sorge, die USA könnten sich in der eigenen Interessensphäre (Transkaukasus, Zentralasien) festsetzen. Für Konfrontation ist Russland zu schwach, daher ist allein der Versuch, die USA in ein kooperatives Konzept einbinden, eine realistische Option. Als solches Konzept bot sich spätestens

nach dem 11. September 2001 der Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ an. Putins rasche Wendung zu den USA nach dem New Yorker Attentat erklärt sich aus dieser Lageeinschätzung. Dass diese Haltung von amerikanischer Seite nicht honoriert wurde, ist ein Problem Putinscher Außenpolitik. Trotzdem begreifen die russischen Eliten die USA als starke Macht und als einzigen sicherheitspolitisch relevanten Partner.

- Die Beziehungen zu *Japan* sind aufgrund des Kurilenkonfliktes nur allmählich zu verbessern. Mit *China* kann Russland bei latenter Konkurrenz eine strategische Partnerschaft pflegen (Rüstungsgeschäfte) und in Zentralasien kooperieren (Terrorismusbekämpfung).
- Europa ist Russlands wichtigster wirtschaftlicher Partner (vgl. Tabelle auf Seite 7), mit dem man die Zusammenarbeit ausbauen und vertiefen will. Europa seinerseits deckt seinen Energiebedarf zu einem beträchtlichen Teil aus und über Russland. Insofern besteht ein erhebliches beiderseitiges Interesse an der Zusammenarbeit. Doch auf absehbare Zeit ist die Europäische Union kein relevanter sicherheitspolitischer Partner.
- An der Südgrenze sucht Russland seine Position durch Ausbau der Zusammenarbeit mit Staaten der Region zu stabilisieren (Shanghai-6, Stationierung von Grenztruppen, militärische Präsenz in Tadschikistan). Der Ausbau der Beziehungen zum Iran gehört in diesen Kontext. Ziel ist die Minimierung der Zahl unkontrollierbarer Konflikte und die Annäherung an mögliche Partner, mit denen man im Konfliktfall kooperieren kann.

Dilemmata

Russland ist und bleibt ein wichtiger Akteur in der internationalen Politik, ein Akteur, der trotz seiner ökonomischen Kraftlosigkeit auch als Großmacht wahrgenommen werden will. Russland ist dazu verdammt, im internationalen Rahmen aktiv Politik zu betreiben, doch es fehlen ihm die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. In dieser Situation ist Putins Politik notwendig ein System von Aushilfen, mit dem die Position Russlands in wechselnden Konstellationen gesichert werden soll. Allein auf

sich gestellt ist Russland nicht in der Lage, Entscheidungen in der Substanz zu beeinflussen. Insofern ist es auf Partner angewiesen. Europa – die EU – kann diese Rolle im wirtschaftlichen Bereich übernehmen, ist allerdings sicherheitspolitisch kein ernstzunehmender Akteur. Die USA bietet sich als Sicherheitspartner an. Das unberechenbare und wenig kluge Verhalten der Bush-Administration macht es Russland jedoch unmöglich, sich auf die USA festzulegen. Insofern wird es eine rationale russische Außenpolitik vermeiden, den einen oder anderen Partner auszuschließen, vielmehr wird sie parallel die Beziehungen zu den USA, Europa, China und zu den regionalen Großmächten im nahen und mittleren Osten auszubauen suchen. Konstant bleibt die Verfolgung nationaler Interessen, bei der es darum geht, die russischen Außenwirtschaftsinteressen politisch zu flankieren, die internationale Isolierung zu überwinden und sich als Partner für starke Allianzen darzustellen, mit dem Ziel, in möglichen künftigen Konflikten nicht allein dazustehen. Schließlich sucht die russische Führung auch nach Rückendeckung für ihren Krieg in Tschetschenien.

Wie europäische Politik mit einem Russland umgeht, das ökonomisch in den EU-Raum hineinwächst, politisch aber auch auf vielfältige andere Herausforderungen reagieren muss, darüber muss die Gemeinschaft nachdenken, wenn sie die „neue Nachbarschaft“ zu Russland in der Perspektive entwickeln will.

Redaktion: Heiko Pleines

Über den Autoren:

Professor Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

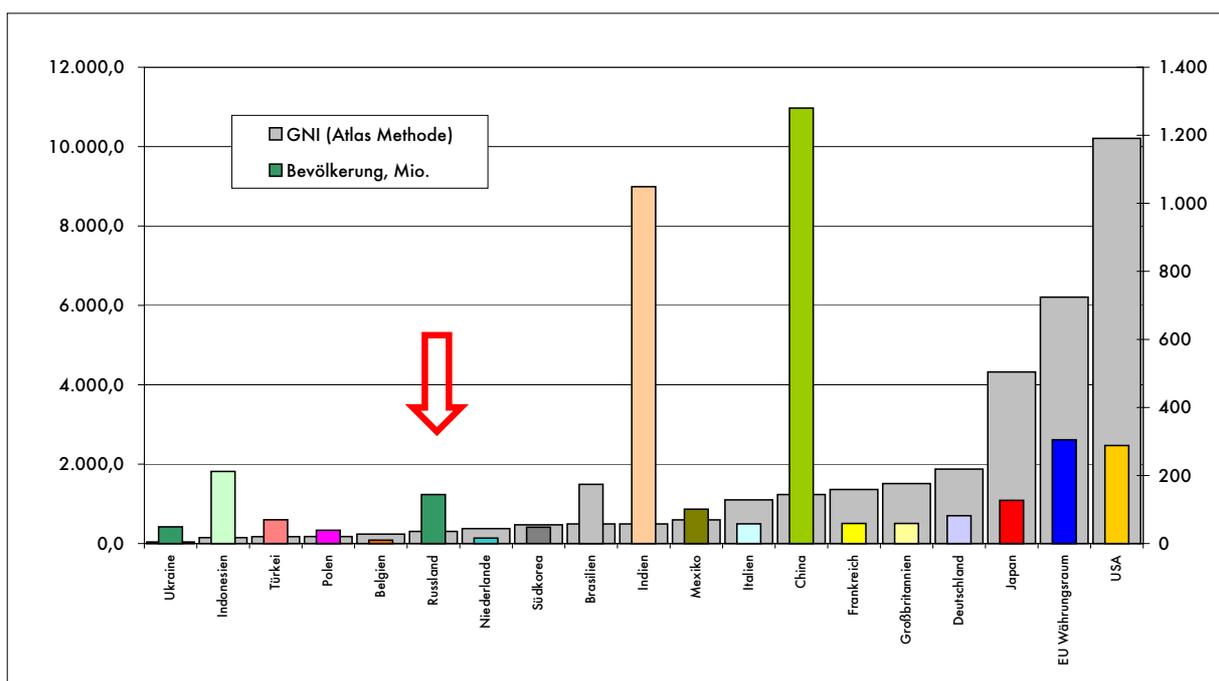
Tabellen und Graphiken zum Text

„World Development Indicators 2004“ (Angaben für das Jahr 2002)

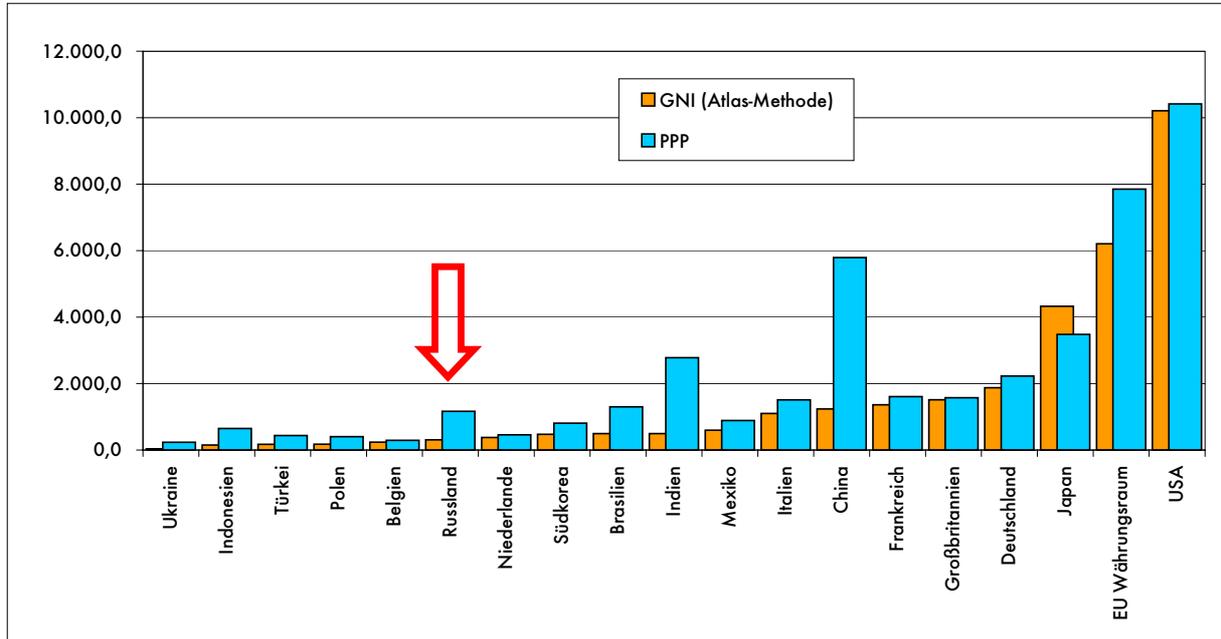
	Bevölkerung	Territorium	Bevölkerungsdichte	GNI (Atlas-Methode)		Kaufkraftparität (PPP)		BIP-Wachstum 2001–2002	
	Mio.	1.000 qkm	Einwohner/qkm	Mio. US\$	US\$ pro Kopf	Mio. US\$	US\$ pro Kopf	in %	pro Kopf in %
Ukraine	49	604	84	37,9	780	234	4.800	4,8%	5,6%
Indonesien	212	1.905	117	149,9	710	650	3.070	3,7%	2,3%
Türkei	70	775	90	173,3	2.490	438	6.300	7,8%	6,1%
Polen	39	313	127	176,6	4.570	404	10.450	1,4%	1,4%
Belgien	10	31	315	237,1	22.940	291	28.130	0,7%	0,2%
Russland	144	17.075	9	306,6	2.130	1.165	8.080	4,3%	4,8%
Niederlande	16	42	477	377,6	23.390	458	28.350	0,2%	-0,4%
Südkorea	48	99	483	473,0	9.930	808	16.960	6,3%	5,7%
Brasilien	174	8.547	21	494,5	2.830	1.300	7.450	1,5%	0,3%
Indien	1.049	3.287	353	494,8	470	2.778	2.650	4,6%	3,0%
Mexiko	101	1.958	53	597,0	5.920	887	8.800	0,9%	-0,5%
Italien	58	301	196	1.100,7	19.080	1.510	26.170	0,4%	0,4%
China	1.280	9.598	137	1.234,2	960	5.792	4.520	8,0%	7,3%
Frankreich	59	552	108	1.362,1	22.240	1.609	27.040	1,2%	0,7%
Großbritannien	59	243	246	1.510,8	25.510	1.574	26.580	1,8%	1,5%
Deutschland	82	357	236	1.876,3	22.740	2.226	26.980	0,2%	0,0%
Japan	127	378	349	4.323,9	34.010	3.481	27.380	0,3%	0,2%
EU Währungsraum	305	2.474	125	6.207,0	20.320	7.850	25.700	0,8%	0,5%
USA	288	9.629	31	10.207,0	35.400	10.414	36.110	2,4%	1,4%

Angaben der Weltbank <<http://www.worldbank.org/dato/wdi2004/tables/table1-1.pdf>>

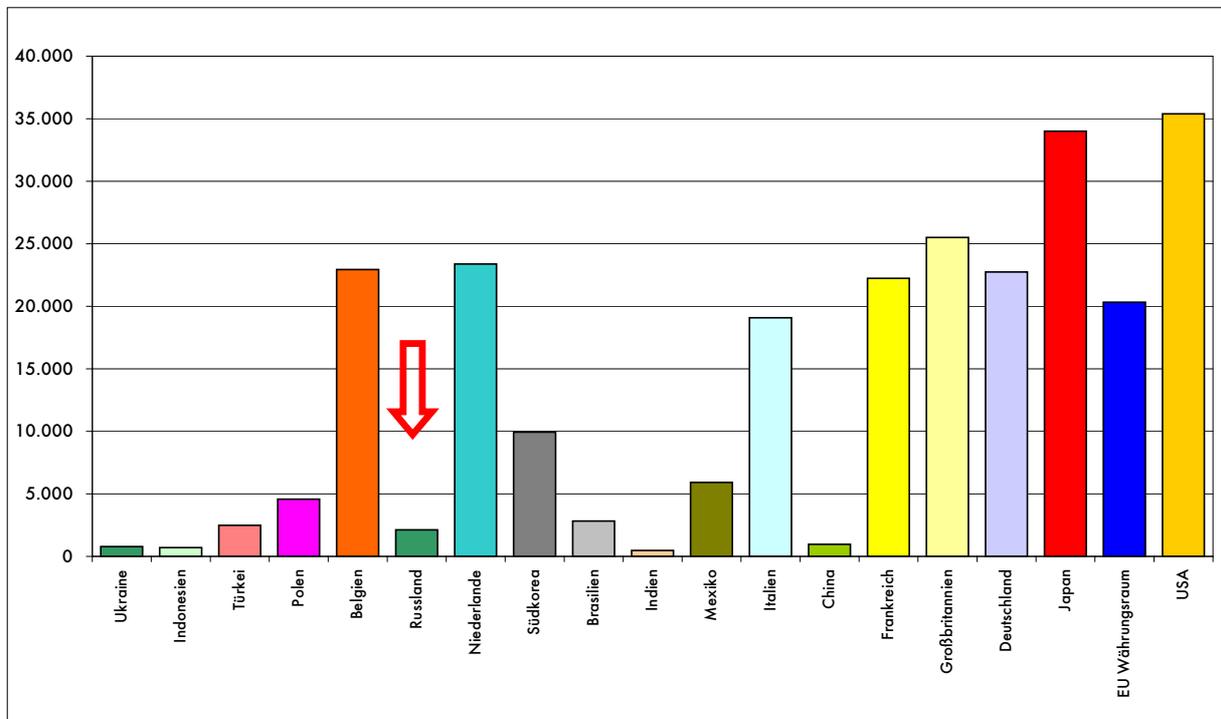
Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2002



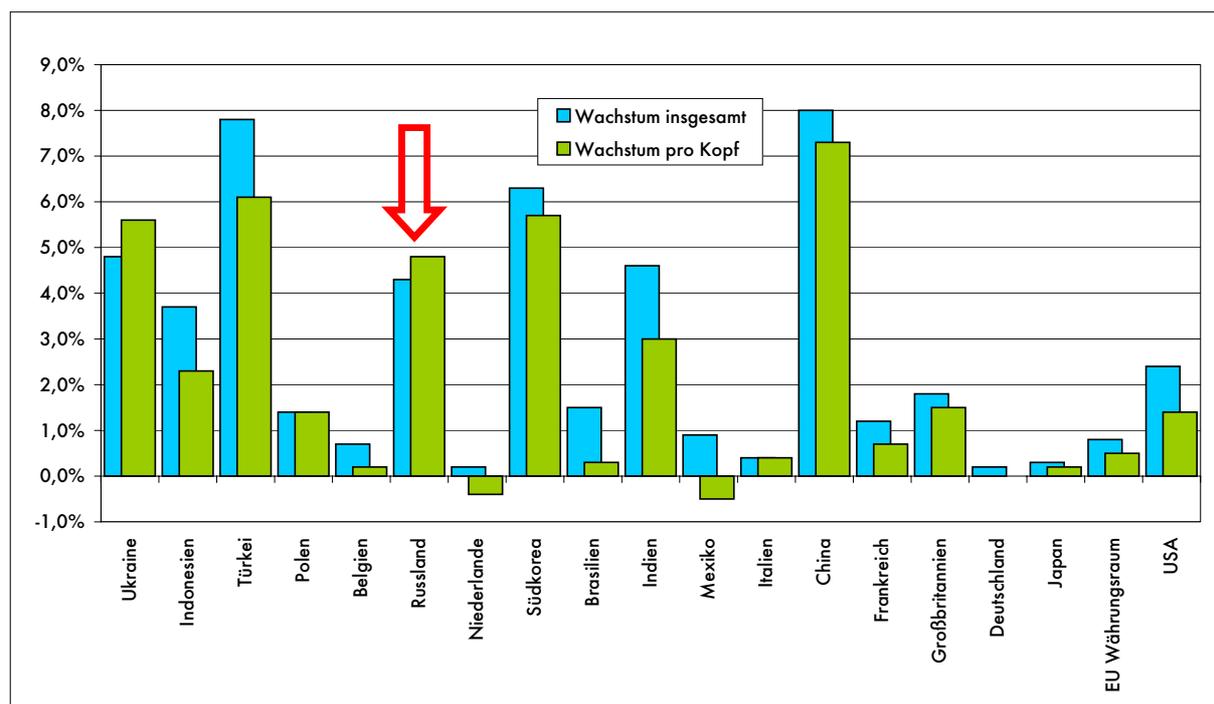
Wirtschaftsleistung im internationalen Vergleich 2002 (GNI und PPP)



Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung 2002 (GNI pro Kopf, US \$)



BIP-Wachstum im internationalen Vergleich 2001–2002 (Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Prozent)



Russlands wichtigste Handelspartner 2003

	Import		Export	
	Mrd. US\$	in %	Mrd. US\$	in %
Insgesamt (Zentralbank)	75,4		135,4	
Insgesamt (Zollstatistik)	57,4	100%	133,7	100%
EU-Staaten	21,9	38%	47,1	35%
Deutschland	8,1	14%	10,4	8%
Italien	2,4	4%	8,5	6%
Frankreich	2,3	4%	3,5	3%
Finnland	1,8	3%	4,4	3%
Großbritannien	1,4	2%	4,9	4%
Niederlande	1,2	2%	8,8	7%
Schweden	1,2	2%	0,9	1%
Andere EU-Staaten	3,5	6%	5,7	4%
EU-Beitrittsstaaten 2004	4,3	7%	16,2	12%
Polen	1,7	3%	4,6	3%
Estland, Lettland, Litauen	0,7	1%	4,5	3%
Andere Beitrittskandidaten	1,9	3%	7,1	5%
GUS-Staaten	13,6	24%	20,5	15%
Belarus	4,9	9%	7,6	6%
Ukraine	4,4	8%	7,6	6%
Kasachstan	2,9	5%	3,3	2%
Andere GUS-Staaten	1,4	2%	2,0	1%
Andere Länder	17,5	30%	49,9	37%
China	3,3	6%	8,4	6%
USA	2,9	5%	4,2	3%
Japan	1,9	3%	2,4	2%
Schweiz	0,5	1%	5,8	4%
Residuum	8,9	16%	29,1	22%
Summe	57,3	100%	133,7	100%

Nach: BOFIT Weekly 8.2004 (20.2.2004), auf Basis von Angaben des russischen Staatlichen Zollkomitees und der russischen Zentralbank

Kommentar

Der Freund des Kanzlers – zur deutschen Russlandpolitik

Jens Siegert, Heinrich Böll Stiftung (Moskau)

Bundeskanzler Gerhard Schröder war Anfang April der erste westliche Regierungschef, der Wladimir Putin zu seinem Wahlsieg persönlich in Moskau gratulierte. Schröder, selbst im Umfragetief, zeigte sich beeindruckt über die 70 Prozent seines „Freundes“, wie er Putin nennt. Putin revanchierte sich Mitte April mit einem als „privat“ bezeichneten Geburtstagsfeierbesuch in Hannover. Nur einen Tag nach Schröder machte der französische Präsident Jacques Chirac seine Aufwartung beim Wahlsieger Putin. Während der Besichtigung eines geheimen Raketenzentrums bei Moskau lobte er ausdrücklich die „Fortschritte der russischen Demokratie“. Schröders und Chiracs öffentliches Wohlwollen gegenüber dem russischen Präsidenten und der gleichzeitige Verzicht auf ebenso öffentliche Kritik sind kennzeichnend für die Russlandpolitik der meisten westlichen Regierungen.

Die für diese „Politik der weichen Hand“ angegebenen Gründe lassen sich zugespitzt im Dreiklang „Stabilität, Antiterrorkrieg, Wirtschaft“ zusammenfassen. Den westlichen Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, sind diese drei Komponenten wichtiger als die russischen Probleme mit demokratischen Normen, Menschenrechten, Pressefreiheit und Zivilgesellschaft. Hinter dieser Prioritätensetzung verbirgt sich die lange nachwirkende Erleichterung, dass die Auflösung der Sowjetunion und der Systemwechsel in Russland Anfang der 90er Jahre ohne großen Bürgerkrieg vollzogen wurden. Aktuell noch wichtiger dürfte die Erleichterung sein, dass die Instabilität der Jelzin-Zeit nicht zum Staatszerfall geführt hat. Jedenfalls braucht in absehbarer Zeit niemand zu befürchten, dass Russland die länger werdende Liste der *failing states* bereichern wird. Beide Überlegungen entspringen sicher legitimem politischem Denken. Doch reichen sie eben nicht aus, sind nicht weitsichtig genug. Wer eine mögliche demokratische Entwicklung Russlands zumindest auf politisch absehbare Zeit abschreibt und schon froh ist, wenn dieses große, oft gewalttätige und irgendwie unheimliche Land nicht allzu viel Destruktivpotential entwickelt, unterschätzt die in dieser Politik verborgenen Untiefen. Das Schiff kann trotzdem sinken.

Ein neues Russland...

Was ist geschehen, dass die Sorge um die demokratische Entwicklung Russlands so sehr in den Hintergrund getreten ist? Die Antwort ist einfach: Die Welt hat sich verändert und Putin hat Russland verändert. Putin trat Anfang 2000 sein Amt mit der Ankündigung

an, die so genannte „Machtvertikale“ zu stärken, um einerseits den zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen im Land entgegen zu steuern und andererseits einer „Diktatur des Gesetzes“ zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so, in kontrollierter Weise und als starker Zentralstaat könne sich ein so großes und in demokratischen Regeln so unerfahrenes Land wie Russland in Richtung einer demokratischen Gesellschaft entwickeln. Das in der Folge entstandene politische System – und man kann durchaus von einem neuen politischen System sprechen – der „gelenkten Demokratie“ – ist spätestens seit den Dumawahlen im Dezember 2003 innerhalb einer liberalen Verfassung Wirklichkeit geworden.

Durch die Zwei-Drittel-Mehrheit der Putin-Partei „Einiges Russland“ ist auch die Duma, wie zuvor schon der Föderationsrat, zu einem technischen Parlament oder zu einem „Staatskomitee für Politik“ geworden. Technisch im Sinne von „im Kreml getroffene politische Entscheidungen ausführend“ sind ebenso die Regierung, fast alle Gerichte mit Ausnahme des Verfassungsgerichts, in etwas geringerem Maße die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die – politisch zentralen – elektronischen Massenmedien. Die liberalen und demokratischen Parlamentsparteien haben ein Fiasko erlitten. Ihre Strategie einer „Opposition von Kremls Gnaden“ ohne ausreichende gesellschaftliche Verankerung ist gescheitert. Dort herrscht nach der auch selbstverschuldeten K.O.-Niederlage Ratlosigkeit. Versuche von wem auch immer, autonome Machtfelder aufzubauen, duldet der Kreml nicht, wie der Fall Chodorkowskij/Jukos zeigt. Einzige autonome, wenn auch schwache politische Subjekte in Russland bleiben einige liberale Politiker und eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen.

... in einer Welt nach dem 11. September

Nach den Terroranschlägen auf New York und Washington am 11. September 2001 entschied sich Putin ohne Zögern, die US-geführte Anti-Terrorcoalition zu unterstützen. Daraufhin stellten viele westliche Politiker ihre Kritik an Demokratiedefiziten, Menschenrechtsverletzungen und Problemen des russischen Rechtsstaates weitgehend ein. Der brutale Krieg und die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien werden seither fast kommentarlos als Teil des „Kriegs gegen den Terrorismus“ akzeptiert. Zwar versichern auch deutsche Politiker, sie sprächen diese Defizite bei Treffen mit russischen Offiziellen regelmäßig an, aber es gibt nur wenige deutliche öffentliche Äußerungen, wie die zwei kurzen

Absätze in der Rede von Bundesaußenminister Joschka Fischer vor der UN-Menschenrechtskommission Mitte März 2004.

Allerdings hilft es in der Praxis wenig, wenn die Probleme benannt werden, dann aber der Wille fehlt, sie auch mit Maßnahmen in harten Politikfeldern wie Wirtschaft oder Militärpolitik zu verbinden. Die deutsche Russlandpolitik ist typisch: Der Außenminister mahnt, der Bundeskanzler lobt und schließt Wirtschaftsverträge ab. Die Wirtschaftsverbände haben sich mit den zustimmenden, ja fast euphorischen Äußerungen ihrer VertreterInnen zur Verhaftung von Chodorkowskij und zu Putins Wahlsieg längst aus ihrer auch im wirtschaftlichen Eigeninteresse stehenden Verpflichtung gestohlen, rechtsstaatliche Normen zu fördern. Das ist mindestens so fraglich und würdelos wie Schröders Geburtstagsverbrüderung. Von russischer Seite wird dieses entgegenkommende Verhalten als insgeheimen Einverständnis und als Schwäche interpretiert. Zudem führt die Einbindung Russlands in den „Krieg gegen den Terrorismus“ nicht zu der intendierten „Zivilisierung“ der russischen Außenpolitik. Im Gegenteil sind nach dem Motto „wenn wir schon beim Krieg gegen den Terrorismus mitmachen, müssen wir auch was davon haben“ eher Versuche eine Re-Imperialisierung zu beobachten. Das spüren besonders die direkten Nachbarn Russlands wie die Ukraine, Georgien oder die baltischen Staaten.

Was tun?

Wie sollte die Politik der Bundesregierung gegenüber Russland aussehen? Wichtigster Punkt bleibt die Stärkung bilateraler und multilateraler Kontakte auf allen Ebenen: offiziell, wissenschaftlich, wirtschaftlich und zivilgesellschaftlich. Die russische Gesellschaft hat eine starke Tendenz, sich wieder von der Außenwelt abzukapseln, selbstgenügsam („samodostatotschno“) zu sein. Diese Tendenz wird durch die aktuellen Entwicklungen und den nationalistischen Boom eher befördert und könnte in einem neuen bürokratisch-autoritären System enden. Derartige Systeme spiegeln zwar erfahrungsgemäß langfristige Stabilität vor, tragen ihre inneren Sprengsätze aber wie Selbstmordattentäter um den Bauch geschnallt mit sich. Tschetschenien ist nur der größte russische Sprengsatz, nicht der einzige.

Wenn es also ein wichtiges Ziel ist, die russische Zivilgesellschaft zu stärken, die Menschenrechte voranzubringen, Ökologie, Minderheitenrechte, Toleranz und Geschlechterdemokratie zu fördern, dann müssen strategische Partnerschaften mit russischen NGOs aufgebaut werden. Dafür ist natürlich nicht nur die Bundes-

regierung verantwortlich. Aber sie muss der russischen Staatsführung klar machen, dass zivilgesellschaftliche Kontakte eine Schlüsselrolle in den deutsch-russischen Beziehungen spielen. Die Bundesregierung muss diese Themen auch auf den Tisch bringen, wenn die „harten“ wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Themen diskutiert werden. Im Umgang mit Russland sollten die EU-Europäer keinen Zweifel daran lassen, dass es sich bei Russland um ein europäisches Land handelt. Russland ist Mitglied des Europarats und hat alle damit verbundenen Verpflichtungen auf sich genommen.

Gleichzeitig muss es natürlich auch vielfältige Kontakte zu den VertreterInnen der neuen „gelenkten“ Demokratie, wie der Staatsduma und seiner Mehrheitsfraktion „Einiges Russland“, geben. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass es sich hier eben um vom Kreml kontrollierte Institutionen handelt. Auch die Erfahrung mit einer so „unschuldigen“ Einrichtung wie dem von Schröder und Putin initiierten Petersburger Dialog zeigt das deutlich. Der Petersburger Dialog spielt bisher eine fatale Rolle, weil er der russischen Seite gestattet, Zivilgesellschaft zu ignorieren oder zu simulieren. Die deutsche Seite hat nicht den Mut und keine ausreichende politische Unterstützung, um das zu ändern. Der nominelle Leiter des russischen Teils des Lenkungsausschusses, Michail Gorbatschow, trifft ohne Einverständnis der Kreml-Vertrauensleute keinerlei Entscheidungen – und er tut nichts, um diese Tatsache zu verbergen.

In diesem Zusammenhang ist auch eine intensivere Diskussion über das Verhältnis von Stabilität und Demokratie und wie Demokratie zu erreichen ist nach dem definitiven Ende des Kalten Kriegs notwendig. Darüber wird auf unterschiedlichen Foren bereits viel gesprochen und diskutiert. Der Einfluss dieser Diskussionen auf die konkrete Politik bleibt bisher aber eher schwach. Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung vom Herbst 2002 enthält zwar Elemente der Anerkennung dieser Verbindung, aber im Alltagsgeschäft geraten sie meist unter die Räder von Geo- und Haushaltspolitik. Der Dialog auf Staatsebene ist unabdingbar, aber es ist der Dialog mit kritischen russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, der mehr Unterstützung braucht.

Der Blick auf Russland sollte wachsam, aber nicht hysterisch geschärft werden. Westliche, deutsche Russlandpolitik leidet traditionell unter einem starken Pendelausschlag zwischen euphorisch und katastrophisch – der russische Blick nach Westen übrigens auch!

Chronik

Vom 29. April bis zum 6. Mai 2004

29.4.2004	Alexander Bowin, ein namhafter sowjetischer Publizist und Diplomat, stirbt im Alter von 74 Jahren. Bowin gehörte zunächst dem ZK-Apparat an, war Redenschreiber für Breschnjew und Andropow, wechselte dann zur „Izvestija“, für die er Fragen internationaler Politik kommentierte und wurde schließlich der erste russische Botschafter in Israel, nachdem die Beziehungen wieder aufgenommen worden waren.
29.4.2004	Die Duma verabschiedet ein Gesetz, das die Zuständigkeiten im Verteidigungsbereich neu ordnet. Danach verliert der Generalstab die operative Kontrolle über die Truppen, die an den Verteidigungsminister übergeht.
29.4.2004	In Woronesch bewerfen zwei Skinheads den Mitarbeiter einer Jugend-Menschenrechtsorganisation mit Steinen.
30.4.2004	Wirtschaftsminister German Gref heiratet zum zweiten mal. An der Feier in Sankt Petersburg nehmen auch Finanzminister Alexej Kudrin und der Leiter des Regierungsapparats, Dmitrij Kosak, teil.
1.5.2004	Maifeiertage Die Abfolge von Feiertagen in den ersten Maiwochen führt wie immer zu einer Pause in der politischen Aktivität. Sie endet nach dem 9. Mai, an dem in Erinnerung an das Ende des „Großen Vaterländischen Krieges“ (1941-1945) der „Tag des Sieges“ begangen wird.
2.5.2004	Nach einer Brückensprengung in der auf Autonomie bedachten georgischen Region Adscharien warnt das russische Außenministerium die georgische Regierung vor der Anwendung von Gewalt. Der Konflikt endet aber am 6.5. friedlich mit dem Rücktritt des regionalen Machthabers Abaschidse, der das Land verlässt.
4.5.2004	General Anatolij Kwaschnin, der Chef des russischen Generalstabs, trifft in Brüssel ein, um mit NATO-Stellen Fragen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus zu erörtern.
6.5.2004	Die formale Absurdität der vorgezogenen Regierungsernennung durch Putin wird deutlich. Putin hatte bereits vor seiner Wiederwahl im März eine neue Regierung ernannt. Vor seiner erneuten Amtseinführung am 7.5. muss die Regierung sich nun auflösen, um anschließend wieder gebildet zu werden. Putin erklärt, die Neuberufung der Regierung sei „weitgehend eine Formalität“. Das Wort „weitgehend“ löst sofort Spekulationen über mögliche Umbesetzungen aus.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit dem Herausgeber gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Schwerpunkt

Religion und Staat in Rußland

Zusammenfassungen der Autorenbeiträge

Sergej Mozgovoj

Siloviki im Dienste der Orthodoxie
Staat, Kirche und Nation in Rußland

Angesichts der diversen Konfliktherde auf dem Gebiet der Rußländischen Föderation ist ein äußerst sorgsamer Umgang des Staates und seiner „Machtministerien“ mit dem Thema Religion geboten. Wird der religiöse Faktor ignoriert oder gelingt es nicht, das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften befriedigend zu regeln, kann dies zu einer generellen Destabilisierung führen. In der rußländischen Armee gründet sich heute die Erziehung zum „orthodoxen Patriotismus“ allerdings auf der Ablehnung fremder Weltanschauungen. Sie fördert den russischen Nationalismus und nährt Großmachtchauvinismus.

Aleksandr Soldatov

Religion und Staat

Die Russische Orthodoxe Kirche und der geistliche Raum Rußlands

Nach der Verfassung ist die Rußländische Föderation ein säkularer Staat. Keine Konfession ist als verbindliche Religion oder Staatsreligion anzusehen. Gleichwohl gewinnt die Russische Orthodoxe Kirche (die ROK) zunehmend den Charakter einer Staatskirche. Dies führt zu Konflikten mit anderen Konfessionen, so mit der Russischen Orthodoxen Autonomen Kirche, den Muslimen Rußlands sowie den Katholiken. Versuche der ROK, auf den Bildungsbereich Einfluß zu nehmen, sind bislang nicht von Erfolg gekrönt, dagegen findet wirtschaftliche Tätigkeit aller Art staatliche Unterstützung.

Aleksandr Kyrležev

Libérale Tendenzen in der russischen Orthodoxie

Ein Problemaufriß

Im Gegensatz zum konservativen Milieu sind liberale Strömungen in der Russischen Orthodoxen Kirche von Wissenschaft und Publizistik weitgehend unbeachtet geblieben. Das hat methodische Gründe und liegt auch an strukturellen Besonderheiten, die dem liberalen Denken inhärent sind. Die Betonung der Freiheit und Individualität ist der Bildung einer liberalen Schule abträglich. Unter Verweis auf den Liberalismus als politische Idee werden im vorliegenden Aufsatz Elemente liberalen kirchlichen und theologischen Bewußtseins rekonstruiert. Die Analyse zeigt, wo liberale Tendenzen existieren oder nur durch Fremdzureisungen konstruiert werden.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

Nr. 60: „Neues Europa?“ Osteuropa 15 Jahre danach
Beiträge für die 12. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten.
April 2004, 142 Seiten

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Inhaltsverzeichnis:

I. Regionalwissenschaften und sozialwissenschaftliche Theoriebildung

Robert Brier

Osteuropaforschung in einer „Welt in Stücken“.

Regionalstudien und sozialwissenschaftliche Theoriebildung

Dorota Kalecinska

Das kulturelle Feld von Pierre Bourdieu als methodologisches Verfahren
zur Erforschung des Transformationsprozesses in Osteuropa

Amelie Kutter

Transformation unter den Bedingungen der Konditionalisierung.

Zugänge zur Analyse EU-induzierten Wandels

II. Politische Systeme im Postsozialismus

Burkhard Olschowsky

Die finale Krise des Staatssozialismus. Polen und die DDR in den 80er Jahren

Anna Gomozova

Das Problem der politischen Verantwortlichkeit der Regierung
im Kontext der russischen Transformation

Antje Helmerich

Zur Rolle der Staatsoberhäupter in den postsozialistischen Systemwechselprozessen. Ein vergleichendes
Untersuchungsmodell

Kerstin Zimmer

Wahlen als Business - Betrachtungen zur Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen

Diana Schmidt

Zwischen zwei Stühlen. Zivilgesellschaftlicher Antikorruptionslobbyismus in Russland

III. Rechtsentwicklung in der Transformation

Julie Trappe

Gegenwärtige Vergangenheit. Die Rolle des Strafrechts
im rumänischen Transformationsprozess

Tina Kowall

Experimente mit der Macht. Die Ukraine vor einer Verfassungsänderung

Agnieszka Murawska

Schutz der Grundrechte in Polen. Rolle der Verfassungsbeschwerde

Michaela Hinner

Die Bankenaufsicht in Russland. Reform und praktische Erfahrungen fünf Jahre nach der Finanzkrise

IV. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Osteuropa

Martina Glass

Kein Platz für den Menschen - das soziale Dilemma Russlands

Ewelina Podgórska

Die Arbeitslosen als „Verlierer“ im Transformationsprozess.

Eine Unterklasse in Polen?

V. Lebensgestaltung in der Transformation

Loretta Ihme

Gender - Migration - Transformation. Frauenhandel in Mittel- und Osteuropa

Ingrid Röder

Veränderungen im Bereich der Chancengleichheit für Mann und Frau in der Tschechischen Republik und der Slowakei seit 1989

Sebastian Klüsener

Lebensgestaltungsmöglichkeiten und -strategien von Schulabgängern einer südukrainischen Dorfschule vor und während des Transformationsprozesses

Vladislav Valentinov, Jarmila Curtiss, Martin Damgaard

The Organizational Effects of Social Capital in Transitional Agriculture

VI. Ethnische Minderheiten in Osteuropa

Hanna Vinichuk

Eine ethnische Minderheit in der Ukraine und ihre Probleme heute. Die Krimtataren

Stephan Heidenhain

Die Minderheitenpolitik in den baltischen Ländern unter dem Einfluss internationaler Organisationen.

Eine Lehre für die erweiterte EU?

Krisztina Keller

Bilanz der ungarischen Minderheitenpolitik 15 Jahre nach der Wende. Fallbeispiel Statusgesetz

VII. Polen in der Europäischen Union

Anna Niewiadomska-Frieling

Cleavage-Strukturen und die Standpunkte der polnischen Parteien zum EU-Beitritt

Claudia Anschütz

Der EU-Beitritt Polens - ein Elitenprojekt?

Robert Grzeszczak

Die Diskussion um die europäische Verfassung.

Welche Konventsanschlüsse werden von Polen (nicht) unterstützt?

VIII. Die Bedeutung der EU für Osteuropa jenseits der neuen Grenzen

Silke Schielberg

Die Bedeutung der EU-Osterweiterung für das Kaliningrader Gebiet. Eine Analyse der grenzüberschreitenden Kooperation an den neuen Außengrenzen der EU

Aron Buzogány

Die „Östliche Dimension“ der Europäischen Union

Alena Vysotskaya

Reduction of the EU Enlargement Risks.

A Framework to Assess the Eastern Neighbours' Perspective